

# Ein Rattenschwanz an Problemen

## Die verkürzte Gymnasialzeit stellt NRW vor neue Schwierigkeiten

Von Inge Michels

Im Ringen um die Entscheidung, mehr siebte Stunden oder gleich den Ganztagsunterricht einzuführen, gab es im Kollegium hitzige Diskussionen, eifrige Arbeitsgemeinschaften, Konferenzen, gute Konzepte und etliche Abstimmungen. Die rund 70 Pädagogen eines Gymnasiums in einer nordrhein-westfälischen Großstadt machten es sich nicht leicht, einen vernünftigen Kompromiss zustande zu bringen. Wie sollen die zusätzlichen Stunden, die durch die Verkürzung des Abiturs von 13 auf zwölf Jahre untergebracht werden müssen, sinnvoll verteilt werden, lautete die Frage.

Letztendlich scheiterte die Überlegung, einen echten Ganztagsbetrieb einzuführen, an fehlenden Geldern von Stadt und Land. Selbst für die professionelle Aufrüstung einer kleinen Küche strich die Stadt der Schule den bereits zugesagten Zuschuss. Damit fanden die Diskussionen ein schnelles Ende: Ohne Mittagessen kein Ganztagsmodell.

Übrig blieb die Verlegung der zusätzlichen Stunden auf die siebten Stunden. Eine andere Möglichkeit – Unterricht am Samstag – wollten Eltern und Schüler nicht. Diesen Ausweg bietet das Schulministerium an und erlaubt künftig ohne Beschränkung, samstags zu unterrichten. Hier ist nach der sechsten Stunde Schluss. So würde, meint ein Fachmann aus dem Ministerium, auch das Problem „Mittagessen“ hinfällig. Ohnehin seien die Schulen rechtlich nicht verpflichtet, ein warmes Essen anzubieten. Dennoch seien die meisten natürlich bemüht, entsprechende Angebote aufzubauen.

### Mehrere Stunden kamen hinzu

Bereits nach Pisa hatte es in NRW für alle weiterführenden Schulen zur Qualitätsverbesserung eine Ausweitung des Unterrichts gegeben, die in der Sekundarstufe I im Durchschnitt pro Woche eine Stunde mehr ausmachte. Mit der Verkürzung des Abiturs kamen für die Gymnasien noch einmal im Durchschnitt 1,5 Stunden pro Woche hinzu. Zusätzlich müssen Unterrichts-

kapazitäten für individuelle Förderung, die seit Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes Pflicht ist, eingeplant werden. All dies lässt Schulleiter landauf landab darüber grübeln, wie der Schulalltag sinnvoll gestaltet werden kann.

Landesmittel zur Einrichtung einer entsprechenden Infrastruktur gibt es für Gymnasien nicht. Die Ausstattung der Schulgebäude ist grundsätzlich Sache der Schulträger. Immerhin aber gab



Schüler schreiben Abitur. DPA

es Geld aus dem so genannten „Bulmahn-Topf“ zu verteilen. Vier Milliarden Euro stellte die alte Bundesregierung den Ländern zum Ausbau ihrer Ganztagsangebote zur Verfügung.

### Geld ist fast aufgebraucht

Fast ein Viertel, genau 914 Millionen Euro, durfte Nordrhein-Westfalen ausschütten. Der Großteil floss unter rot-grüner Landesregierung in den Aufbau der so genannten Offenen Ganztagschule, an der es auch Betreuung und Freizeitangebote am Nachmittag gibt. Schwarz-Gelb aber öffnete den Topf auch für die Hauptschulen im Ganztagsbetrieb, eine Schulform, der sich die neue Regierung besonders verpflichtet fühlt. Das Geld ist inzwischen praktisch aufgebraucht. Seit Anfang des Jahres stapeln sich Anträge über 207 Millionen Euro. Doch die Bundesmittel reichen nur noch für die Hälfte.

Zurück zu den Gymnasien: Gerade größere Städte mit mehreren Gymnasien stehen vor dem Dilemma, dass viele Schulen mit den beschriebenen Problemen kämpfen. „Wir haben uns jetzt auf eine neue Pausenregel verständigt“, erklärt ein Schulleiter, der unerkannt bleiben möchte. Zweimal zwanzig Minuten am Vormittag und eine weitere Pause vor den siebten Stunden. „Dafür müssen wir insgesamt etwas früher mit dem Unterricht anfangen, weil unsere Pausen sonst nicht mit den Kooperationschulen zusammen liegen, mit denen wir etwa gemeinsame AGs stemmen. Die Verkürzung des Abiturs zieht einen Rattenschwanz von Problemen nach sich.“

Ernährungsberater befürchten, dass sich die Jugendlichen künftig noch mehr durch den Tag „snacken“, denn nach den siebten Stunden kommen Schüler, die pendeln müssen, je nach Pausenregelung erst zwischen 14.45 Uhr und 15 Uhr nach Hause. „Vermutlich werden wir ab dem nächsten Schuljahr abends warm essen“, überlegt Mareike Conrad, eine betroffene Mutter. Gleichzeitig ärgert sie sich: „Wir Eltern können wieder ausbaden, was irgendeine Verwaltung im Land nicht bis zu Ende gedacht hat.“